

Rechten Terror bekämpfen – Rassismus zurückdrängen – Betroffene unterstützen

Der jüngste rechte Terroranschlag in Hanau ist ein weiterer Beweis dafür, wie groß die Gefahr von rechts inzwischen geworden ist. Er setzt die Welle rechten Terrors fort, für die in den letzten Jahren die Morde des NSU, der Mord an Walter Lübcke in Kassel, der versuchte Sturm auf die Synagoge in Halle sowie unzählige, weniger öffentlich bekanntgewordene Gewalttaten stehen. Es wird höchste Zeit zu verstehen, dass Deutschland hier ein strukturelles Problem hat. Die Rede von Einzeltätern und Einzelfällen geht an der Wirklichkeit vorbei.

Rechte Gewalt richtet sich entsprechend des Weltbildes extrem rechter Akteur*innen gegen Orte und Menschen, die den jeweiligen (Stadt)Gesellschaften als nicht zugehörig angesehen werden, weil sie dem rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Denken in Kategorien von Reinheit und Hierarchie nicht entsprechen. Ziel des rechten Terrors ist die Einschüchterung, Vertreibung beziehungsweise Auslöschung all derer und all dessen, was aus Sicht seiner Protagonist*innen als nicht zum ‚deutschen Volkstum‘ gehörendes Leben angesehen wird.

Ob diese Strategie der Gewalt gegen eine religiös, kulturell, sprachlich und sexuell diverse/inklusive Gesellschaft aufgeht, ist letztlich abhängig davon, ob es gelingt, o.g. Denk- und Handlungsweisen in die Defensive zu verweisen; diese Aufgabe kann nicht ausschließlich an die staatlichen Kontrollinstanzen verwiesen werden. Es ist vor allem eine Aufforderung an die „weiß“-deutsch dominierte Mehrheitsgesellschaft, offensiv und kontinuierlich gegen alle Formen rechter Gewalt sowie den ihr zugrundeliegenden Ideologien Stellung zu beziehen und vorzugehen. In dieser Hinsicht sind die Reaktionen auf die rechte Gewalt der letzten Jahre beschämend schwach. Sind Anfang der 1990er Jahre noch Hunderttausende gegen solche Gewalt auf die Straße gegangen, so ist der öffentlich sichtbare Protest in diesen Tagen zahlenmäßig schwach und wenig entschieden. Dies wird nicht ausreichen, den Betroffenen – als Individuen wie auch als stellvertretend für eine gesellschaftliche Gruppe Angegriffene – ein tatsächliches Gefühl von Solidarität, Willkommensein und Gleichberechtigung in dieser Gesellschaft zu vermitteln. Und das werden die Gewalttäter*innen von rechts als Bestätigung ihrer Strategie ansehen.

Solidarität mit den Betroffenen bedeutet nicht zuletzt materielle Unterstützung. Der *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* hat nach dem rassistischen Attentat in Hanau am 19. Februar in Gedenken an Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Sara çoğlu und Vili Viorel Păun gemeinsam mit anderen Einrichtungen zu Spenden aufgerufen:

Amadeu Antonio Stiftung

GLS Bank Bochum

IBAN: DE75 4306 0967 6005 0000 02

BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: HANAU

Prof. Dr. Fabian Virchow

Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule
Düsseldorf